

URGENT ACTION

WEITERE MILITÄRVERFAHREN

THAILAND

UA-Nr: **UA-290/2016-3** AI-Index: **ASA 39/7330/2017** Datum: **20. Oktober 2017** – mr

Herr **PANUPONG SRITHANANUWAT**
Herr **CHATMONGKHON JENACHIAWCHAN**
Herr **AKHORN SITPUTTA**
Herr **NARONGRIT UPPACHAN**
und **EIN WEITERER STUDENTISCHER AKTIVIST**

Frau **NATTHAPON ATHANN**
Frau **DUANGTHIP KHANRIT**
Frau **NIRANUT NIAMSAP**

Fünf studentischen Aktivisten, einer Landrechtsaktivistin und zwei Menschenrechtsanwältinnen drohen sechs Monate Haft in einem unfairen Verfahren vor einem Militärgericht in Khon Kaen im Nordosten von Thailand. Die Studierenden hatten eine öffentliche Diskussion über die thailändische Verfassung organisiert, die von den Menschenrechtsanwältinnen beobachtet wurde.

Am 17. Oktober wurde gegen Panupong Srithananuwat (auch bekannt als „Nice“), Chatmongkhon Jenchiawchan, Akhorn Sitputta, Narongrit Uppachan und einen weiteren in der Studierendenvereinigung *Dao Din* aktiven Studenten sowie gegen die Landrechtsaktivistin Natthapon Athann und die Rechtsanwältinnen Duangthip Khanrit und Niranut Niamsap Anklage wegen Teilnahme an einer Diskussionsveranstaltung zum Verfassungsentwurf im Jahr 2016 erhoben. Die beiden Anwältinnen arbeiten bei der NGO Thailändische Anwält_innen für Menschenrechte (Thai Lawyers for Human Rights - TLHR). Die Anklage wurde auf Grundlage der Verordnung Nr. 3/2558 des Vorsitzenden des Militärrats (National Council for Peace and Order – NCPO) erhoben. Die Verordnung sieht bis zu sechs Monate Haft und eine Geldstrafe von 10.000 Baht (etwa 260 Euro) für politische Versammlungen von mehr als vier Personen vor.

Die Gruppe hatte am 31. Juli 2016 an einer Veranstaltung mit dem Titel „Sich Aussprechen für die Freiheit: Die Verfassung und die Isaan-Bevölkerung“ an der Universität Khon Kaen teilgenommen. Bei der Veranstaltung wurde der Entwurf der thailändischen Verfassung diskutiert, der kurz darauf am 7. August in einem landesweiten Referendum angenommen wurde. Aktivist_innen und Akademiker_innen hielten Vorträge und es fanden Diskussionen zum Verfassungsentwurf und dem Referendumsprozess statt. Vor Beginn der Veranstaltung forderten Vertreter_innen der Universität Khon Kaen die Organisator_innen auf, die Veranstaltung abzusagen. Die Organisator_innen entschieden sich jedoch fortzufahren, und taten dies trotz der großen Präsenz von Angehörigen der Polizei und des Militärs in Zivil und in Uniform.

Duangthip Khanrit und Niranut Niamsap, die beiden Mitarbeiterinnen von TLHR, nahmen ohne aktive Beteiligung als Beobachterinnen an der Veranstaltung teil. Die beiden trugen Namensschilder mit Angabe ihrer Organisation TLHR und stellten sich den dort anwesenden leitenden Polizei- und Militärvertreter_innen als Beobachterinnen vor.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Thailand wird seit dem Putsch im Mai 2014 von einer Militärregierung regiert. Am 7. August 2016 wurde in einem landesweiten Referendum über eine neue Verfassung abgestimmt. Sie war von einem Gremium ausgearbeitet worden, welches von der Militärregierung eingesetzt worden war. Gleichzeitig unterdrückten die thailändischen Behörden im großen Stil Diskussionen und Kampagnenarbeit zum Verfassungsentwurf und eröffneten Strafverfahren gegen eine große Zahl von Menschen. Der Verfassungsentwurf wurde von den Wähler_innen mit großer Mehrheit angenommen. Ende 2017 sollen nun Parlamentswahlen abgehalten werden. Die Behörden schränken das Recht auf freie Meinungsäußerung weiterhin in unzulässiger Weise ein, während die Regierung bereits mehrmals die Wahlen verschoben hat und derzeit eine Durchführung Ende 2018 in Erwägung zieht.

Seit dem Putsch gehen die Behörden sehr repressiv gegen die friedliche Opposition vor und schränken die Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit in unzulässiger Weise ein –auch dadurch, dass sie Strafverfahren

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Urgent Actions
Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin
T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00
BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



gegen Andersdenkende einleiten. Menschen, die sich gegen den Putsch aussprechen, werden willkürlich inhaftiert und strafverfolgt. Dazu dienen von der Militärregierung erlassene Präsidialdekrete und Gesetze sowie bereits zuvor bestehende Gesetze, die diese Rechte nach internationalen Menschenrechtsnormen unzulässig einschränken.

Die NGO Thailändische Rechtsanwält_innen für Menschenrechte TLHR, zu der Duangjip Khanrit und Niranut Niamsap gehören, besteht aus einem Team von Menschenrechtsanwält_innen, die zu Menschenrechtsverletzungen arbeiten und dabei Einzelpersonen vertreten, die aufgrund der Ausübung ihrer Rechte strafrechtlich verfolgt werden. Die Organisation wurde nach dem Putsch gegründet und war eine Reaktion auf die vielen willkürlichen Inhaftierungen und die Verweigerung einer anwaltlichen Vertretung für Gefangene.

SCHREIBEN SIE BITTE

FAXE, E-MAILS ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Bitte lassen Sie die Anklagen gegen die Menschen fallen, die an der Veranstaltung „Sich Aussprechen für die Freiheit“ teilgenommen haben, da sie lediglich auf der friedlichen Wahrnehmung ihrer Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlung gründen.
- Ich bin in großer Sorge, da die Anklage von Personen wegen der Teilnahme an der Veranstaltung „Sich Aussprechen für die Freiheit“ eine unzulässige Einschränkung der Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlung darstellt. Bitte stellen Sie sicher, dass alle Menschen in Thailand ihre Menschenrechte unabhängig von ihrer politischen Einstellung oder Mitgliedschaft wahrnehmen können.
- Bitte gewährleisten Sie, dass Zivilpersonen unter keinen Umständen vor Militärgerichte gestellt werden und verweisen Sie bitte alle laufenden derartigen Verfahren an Zivilgerichte.

APPELLE AN

LEITER DER MILITÄRJUSTIZ

Adm. Kritsada Charoennpanit
Judge Advocate General's Department
Ministry of Defence
Sanamchai Road
Phra Nakom
Bangkok, THAILAND
(Anrede: Dear Judge Advocate General / Sehr geehrter Herr Generalanwalt)
Fax: (00 66) 2 143 9546

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DES KÖNIGREICHS THAILAND

S.E. Herrn Dr. Dhiravat Bhumichitr
Lepsiusstr. 64-66, 12163 Berlin
Fax: 030-7948 1511 oder
030-7948 1251
E-Mail: general@thaiembassy.de

JUSTIZMINISTER

Suwaphan Tanyuwardhana, Ministry of Justice
Government Centre Building A, Chaengwattana Road,
Bangkok 10210, THAILAND
(Anrede: Dear Minister / Sehr geehrter Herr Minister)
Fax: (00 66) 2 953 0503

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Thailändisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **1. Dezember 2017** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-290/2016** (ASA 39/5412/2016, 23. Dezember 2016, ASA 39/5586/2017, 27. Januar 2017 und ASA 39/6308/2017, 23. Mai 2017)

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Drop the charges against individuals who attended "Speak for Freedom" event, as they stem solely from their peaceful exercise of the rights to freedom of expression and peaceful assembly.
- Expressing concern that the indictment of individuals attending the "Speak for Freedom" discussion represents an undue restriction of the rights to freedom of expression and peaceful assembly, and urging authorities to ensure that all individuals can exercise their rights regardless of political opinion or affiliation.
- Urging the authorities to ensure that under no circumstances are civilians tried in military courts and to promptly transfer all such cases to ordinary civilian courts.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN - FORTSETZUNG

Die angeklagten Studierenden sind Mitglieder der Studierendenvereinigung *Dao Din*, die sich für Menschenrechte und Demokratie einsetzt. Seit dem Putsch 2014 üben die Behörden großen Druck auf die Gruppe aus, ihr politisches Engagement einzustellen. *Dao Din*-Mitglieder setzen sich aber trotz umfassender Einschränkungen durch die Regierung weiterhin friedlich für eine Rückkehr zur Demokratie und den Schutz und die Verteidigung der Menschenrechte ein und werden deswegen mit vielfältigen Vorwürfen strafrechtlich verfolgt. Die Behörden schikanieren zudem ihre Familienangehörigen und erheben Anklage gegen Dritte, die diese Personen unterstützen, oder die im Rahmen ihrer journalistischen oder juristischen Tätigkeit mit *Dao-Din*-Mitgliedern zu tun haben, wie die TLHR-Mitarbeiterin Sirikan „June“ Charoensiri. Für nähere Informationen dazu siehe UA-245/2016: <https://www.amnesty.de/urgent-action/ua-245-2016/drohende-lange-haftstrafe>

Auch Personen, die wegen Verstößen gegen Militärverordnungen und Straftaten im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit nach dem Putsch 2014 und vor dem 12. September 2016 angeklagt sind, stehen in unfairen Gerichtsverfahren vor Militärgerichten. Thailand verstößt damit gegen seine Verpflichtungen aus internationalen Menschenrechtsnormen, darunter z. B. der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte. Der Militärrat hat zwar im September 2016 die Zuständigkeit von Militärgerichten für Zivilpersonen bei diesen Straftaten aufgehoben, doch die Verordnung ist nicht rückwirkend gültig und bereits vorher bestehende Gerichtsverfahren bleiben in der Zuständigkeit der Militärgerichte. Der UN-Menschenrechtsausschuss hat in seiner Überprüfung Thailands 2017 den thailändischen Behörden empfohlen, die notwendigen Schritte einzuleiten, um der Bitte um Verlegung von einem Militärgericht an ein Zivilgericht bei vor dem 12. September 2016 begangenen Straftaten nachzugehen und die Möglichkeit einzuräumen, dass Zivilpersonen Rechtsmittel vor Zivilgerichten einlegen können, wenn ihr Fall vor einem Militärgericht verhandelt wurde und das Urteil bereits ergangen ist.

